

Rumänien spart härter als Griechenland

Thomas Nord

Viele mittelosteuropäische Staaten sind zwei Jahre nach dem Beginn der Krise auf IWF-Gelder angewiesen. Die Regierungen setzen deswegen Einsparungen auf die Tagesordnungen, die zeigen, wohin es gehen könnte, wenn die Krise von der Peripherie ins europäische Zentrum wandert. Die Spirale aus Kapitalflucht, Währungsverfall und Zusammenbruch des Konsums lässt europaweit die Befürchtung des weiteren Absturzes von Banken und Industrie aufziehen.

Bei Gesprächen zwischen Internationalem Währungsfond (IWF) und Regierungen, die Kredite benötigen, müssen die Regierungen eisernen Sparwillen und radikalen Sozialabbau beweisen, um neues Geld zu bekommen. Rumänien, Ungarn und Polen haben ihn bewiesen und Zusagen des IWF bekommen. In Ungarn begannen die Verhandlungen in dieser Woche.

Nach dem Verfassungsgerichtsentscheid in Rumänien gegen die Kürzung der Renten um 15 %, hatte Bukarest mit Beginn 1. Juli zur Kompensation eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19 % auf 24 % beschlossen. Alle Angestellten im öffentlichen Dienst erhalten fortan 25 % weniger Lohn, im öffentlichen Sektor werden 53.000 Stellen gestrichen. Rumänien spart härter als das krisengebeutelte Griechenland.

Schlimmer noch hat es die Ukraine erwischt. 2009 sackte die Wirtschaft um 15 % ab, das Land wird um eine Rezession nicht herumkommen. Das Defizit lag offiziell bei 6,5 % des Bruttoinlandsprodukts, inoffiziell werden 12 % genannt. Die Auszahlung von 13,1 Mrd. Euro, mit denen der IWF das Land vor dem Kollaps bewahrte, wurde 2010 eingestellt, weil der damalige Präsident Juschtschenko die vom IWF geforderten Sparmaßnahmen verweigerte.

Sein Nachfolger Janukowitsch bemüht sich, das Vertrauen des IWF zurückzugewinnen und halbierte medienwirksam sein eigenes Gehalt. Höhere Konsumsteuern sollen 1,5 Mrd. Euro Mehreinnahmen bringen. Die Höchstpension wird um drei Viertel auf 1.000 Euro gekürzt. Nach IWF soll das Defizit unter 5,5 % des BIP gedrückt werden. Die Entscheidung über eine Kreditlinie über 12 Mrd. Euro soll im Juli fallen.

Auch Ungarn steht unter dem Mikroskop des IWF. Die Zustimmung zu einem neuen Kredit ist von einer zweiwöchigen Inspektion der Staatsfinanzen abhängig. Budapest erhofft einen 10 bis 20 Mrd. Euro-Kredit ab 2011. Den bestehenden 20 Mrd. Euro Kredit von IWF und EU will Ungarn nicht ausschöpfen, man hofft auf bessere Konditionen. Die Mehrwertsteuer wurde von 20 % auf 25 % erhöht, Beamte und Pensionäre müssen mit weniger Geld auskommen. Das Defizit wurde 2009 trotz Wirtschaftseinbruch von 6,5 % auf 4 % gedrückt.

Für Polen hat der IWF eine Kreditlinie in Höhe von 20,4 Mrd. US Dollar für ein Jahr genehmigt. Polen versicherte, dass es sich um eine Vorsichtsmaßnahme handelt und dass Geld nicht abgerufen wird. In Griechenland wurde das Sparpaket am Donnerstag verabschiedet, die Regierung zeigte sich auch vom siebten Generalstreik in diesem Jahr unbeeindruckt.